

Die Mitte nominiert Marianne Schärli und Renate Lang für den Reider Gemeinderat

Da auch die IG Reiden noch auf Kandidatensuche ist, kommt es am 28. April wohl zu Kampfwahlen.

Markus Mathis

Marianne Schärli aus Richenthal und Renate Lang aus Reidermoos kandidieren bei den bevorstehenden Kommunalwahlen als Gemeinderätinnen. Die Mitte Reiden nominierte die beiden am Donnerstag an ihrer Versammlung im Landgasthaus Lerchenhof in Mehlsecken.

Schärli, die beruflich die Abteilung Praxisentwicklung Pflege am KSA Spital Zofingen leitet und Präsidentin der Spitex Wiggertal ist, ist auch Präsidentin der Ortspartei und war in der Vergangenheit zwölf Jahre lang Präsidentin der Schulpflege. «Ich möchte meine Kenntnisse und Fähigkeiten zum Wohl der Gemeinschaft einbringen und mein langjähriges Engagement fortsetzen – im Gemeinderat», sagt sie.

Mit ihren Fachkenntnissen wäre Schärli im Grunde als Nachfolgerin von Esther Steinmann-Neuser prädestiniert, die nicht zur Wiederwahl antritt und die dem Ressort Gesellschaft & Soziales vorstand. Auch Bildung, Kultur & Freizeit könnte Schärli interessieren. Das Ressort wurde in der ablaufenden Legislatur von Bruno Geiser geführt, der bereits für seine vierte Amtsperiode kandidiert.

«Ich bin auch ausgebildete Lehrperson», sagt Schärli.

Drei Gemeinderäte stellen sich zur Wiederwahl

Neben Geiser stellen sich auch der Bauvorsteher Willy Zürcher (FDP, seit 2016) und der Gemeindepräsident Josua Müller (parteilos, seit 2023) für weitere vier Jahre als Gemeinderäte zur Verfügung. Nicht mehr antreten will bekanntlich Vera Schwizer (parteilos), welche die Verantwortung für das Ressort Finanzen & Sicherheit trägt.

Hier würden wohl die Fähigkeiten von Renate Lang passen: Die Juristin arbeitet beim Aufzugskonzern Schindler. Man habe mit Renate Lang, die sich ein politisches Engagement ohnehin überlegte, das Gespräch gesucht, sagt Marianne Schärli. Dass sie sich eine Kandidatur nur als Mitte-Kandidatin vorstellen konnte, «passte perfekt», so Schärli.

Allerdings ist eine direkte Führung der Ressorts durch verantwortliche Gemeinderäte ab Herbst in Reiden nicht mehr vorgesehen – mit dem neuen Gemeindeführungsmodell wird ein CEO das operative Geschäft gegenüber der strategisch tätigen Exekutive verantworten. Mit den beiden Gemeinderats-



Die Mitte Reiden nominierte gestern Donnerstagabend Renate Lang (links) und Marianne Schärli als Kandidatinnen für den Reider Gemeinderat.

Bild: Markus Husner

kandidaturen strebt die Mitte jene Sitzzahl im Gemeinderat an, die sie bei den letzten Kommunalwahlen vor vier Jahren noch unter dem alten Namen CVP erreicht hatte. Damals war

der CVP-Politiker Hans Kunz als Gemeindepräsident wiedergewählt worden. Nach seinem 70. Geburtstag entschloss sich Kunz – auch aus gesundheitlichen Gründen – zurückzutreten. Spä-

ter trat die als CVP-Vertreterin gewählte Vera Schwizer aus der Partei aus.

Konkurrenz dürfte den Mitte-Kandidaturen durch die IG Reiden erwachsen. Die Grup-

pierung hatte bis 2020 zwei Vertreter in der fünfköpfigen Gemeindeexekutive, in der endenden Amtsperiode noch eine Exponentin. Man wolle eine neue Kandidatur präsentieren, sagte IG-Sprecher Markus Schwander auf Anfrage, «letzte Gespräche laufen». Die Eingabefrist für Kandidaturen läuft am Montagmittag ab.

Zwei Neue wollen in die Bürgerrechtskommission

Neben den Gemeinderatsnominierungen hat die Mitte am Donnerstag auch ihre Kandidaten für die Kommissionen der Gemeinde benannt. Für die Bürgerrechtskommission fanden sie mit Simon Roth aus Langnau und Ruth Morgenthaler zwei neue Interessenten. «Das freut mich sehr», sagt dazu Parteipräsidentin Marianne Schärli.

Sein Engagement in der Controllingkommission für die Mitte fortführen möchte Emmanuel Schärli. Für die Partei in der Bildungskommission engagieren wollen sich Andrea Lieb-Vonmoos und Matthias Hoesli; Lieb-Vonmoos ist Präsidentin ad interim für Hoesli, der vorübergehend die Schulleitung übernommen hat und ebenfalls ein Mitte-Vertreter ist.

Gesundheitsförderung: Das sind die Pläne des Kantons

Mehr ambulante Behandlungen, bessere Vorsorge – das sind zwei Ideen aus dem neuen Bericht zur Gesundheitsversorgung.

Im Kanton Luzern soll das Gesundheitswesen transformiert werden. Um den Wandel vorzubereiten und zu unterstützen, will der Kanton jährlich knapp sechs Millionen Franken ausgeben. Dies geht aus dem Entwurf des neuen Planungsberichts Gesundheitsversorgung hervor.

Der Regierungsrat hat das Planungsinstrument für 2025 bis 2030 in die Vernehmlassung geschickt, wie die Staatskanzlei am Freitag mitteilte. Der Bericht enthält die strategischen Ziele und Grundsätze des Kantons für die ambulante und stationäre Gesundheitsversorgung. Er zeigt auch die Mittel für die Finanzierung auf.

In der Gesundheitsversorgung gebe es verschiedene Herausforderungen, hiess es in der Mitteilung. Genannt wurden das Alterwerden der Bevölkerung, der Fachkräftemangel und der Kostendruck. Der Bericht zeichne ein Zielbild, wie eine gute Gesundheitsversorgung der Bevölkerung aufrechterhalten werden könne, hiess es.

Entwickelt wurden dazu acht Massnahmen. In diesen geht es etwa darum, die Zerglie-



Der Kanton Luzern verspricht sich durch mehr ambulante Behandlungen grosse Kosteneinsparungen. Symbolbild: Michael Buholzer

derung des Gesundheitswesens zu beseitigen. So sollen Akteure des Gesundheitswesens an einen Tisch gebracht werden, um die Weiterentwicklung der integrierten Versorgung zu gestalten. Pilotprojekte zum Aufbau regionaler Gesundheitsnetzwerke und -zentren sollen angestossen oder die Rahmenbedingungen für die Digitalisierung verbessert werden.

Unter dem Stichwort Fachkräftemangel wird die Förderung der Aus- und Weiterbildung genannt. Weitere Themen sind die Mangelversorgung, die Gesundheits-

kompetenz der Bevölkerung und ein kantonales Brustkrebs-Früherkennungsprogramm.

Der Bericht geht davon aus, dass die Massnahmen in den nächsten sechs Jahren total 34,7 Millionen Franken kosten. Dies sind 5,8 Millionen Franken pro Jahr. Der Kantonsrat müsse dazu zusätzliche Mittel sprechen, hiess es.

Die Massnahmen, mit denen man dem Zielbild einen Schritt näherkommen wolle, hätten aber das Potenzial, die Kostenentwicklung im Gesundheitswesen positiv zu beeinflussen, so der Regierungsrat. (sda)

Leserbriefe

Die Fleissigen sind nun die Deppen

Zum Artikel «Kanton Luzern will die Corona-Hilfen zurück». Ausgabe vom 28. Februar.

Auf den ersten Blick erscheint dieses Ansinnen löblich und erstrebenswert. Zu Steuergeldern muss Sorge getragen werden.

Wenn man aber näher darauf eingeht, stellen sich diverse Fragen. Vom Bund aus wurden die Gastronomie-Betriebe von einem auf den anderen Tag geschlossen. Über längere Zeit wurde ein ganzes Gewerbe im Regen stehen gelassen.

Man hatte keine Ahnung, wie und wann es weitergeht – und war auf die hart erarbeiteten Reserven angewiesen, welche man für die Altersvorsorge und den Betriebsunterhalt erspart hatte. Wenn es nach Reto Wyss, dem Luzerner Finanzdirektor gegangen wäre, hätten wir damals schon keine Unterstützung erhalten. Man überliess es uns, wie wir aus der Misere das Beste herausholen konnten.

Dann kam nach etlichen Wochen der Unsicherheit die erlösende Nachricht, dass Härtefallgelder ausbezahlt würden. In der Ankündigung wurde darauf hingewiesen, dass diese Beiträge à fonds perdu seien – also Beiträge, auf

deren Rückzahlung die öffentliche Hand von vornherein verzichtet.

Die Überbrückungshilfen waren notwendig und wurden von den betroffenen Betrieben sehr geschätzt. Nun gab es Betriebe, in denen die Gelder genutzt wurden, um während der Schliessung nichts zu tun und die Zeit zu geniessen. Diese dürfen die Gelder nun behalten, da bei dieser Einstellung kein

Die Spielregeln

Leserbriefe machen die Zeitung lebendig, wir danken allen Verfassern. Wichtig zu wissen: Kurzverfasste Zuschriften werden bevorzugt; die maximale Länge eines Leserbriefs beträgt 2000 Zeichen (inkl. Leerzeichen). Die Redaktion behält sich vor, Manuskripte zu kürzen oder ganz abzulehnen. Bitte für Rückfragen Name, Adresse und Telefonnummer angeben. Jeder Leserbrief erscheint unter mindestens einem Autor, der mit Vor- und Nachname sowie Wohnort zeichnet. Anonyme Zuschriften werden nicht publiziert. Leserbriefe von Abonnenten werden bevorzugt behandelt. Leserbriefe, die nicht digital erfasst sind, können wir nur bedingt berücksichtigen. Sie erreichen uns per E-Mail: ztredaktion@ztmedien.ch

Gewinn generiert werden konnte.

Dann gab es jene, welche einen Take-away aufzogen und bei der Wiedereröffnung auf Ferien und auch auf Ruhetage verzichteten. Diese sind nun die Deppen, werden sie doch nun jene sein, die einen gewissen Gewinn erarbeitet haben und zur Rückzahlung der «à fonds perdu»-Beiträge genötigt werden.

Dann besteht noch der Unterschied zwischen einer GmbH oder AG, welche sich einen Lohn auszahlen kann und erst dann den Gewinn ausschüttet, und einer Einzelirma, bei welcher der Gewinn der Lohn ist. Sollte der Gewinn nun dem erhaltenen Betrag entsprechen, so muss dieser abgegeben werden – und man hat das ganze Jahr ohne Lohn gearbeitet.

Herzlichen Dank an die Luzerner Regierung. Offenbar muss sie sich, als einzige in der Schweiz, nicht an Verträge halten und kann diese nach Gusto rückgängig machen und neu bestimmen.

Wenn man die Beschleunigung der Schliessung in der Gastrobranche fortsetzen will, so muss man so weiterfahren. Man darf sich aber im Nachhinein nicht beklagen.

Hannes Baumann, Reiden, ehemaliger Präsident Gastro Willisau, ehemaliges Vorstandsmitglied Gastro Luzern und ehemaliger Wirt Gasthaus bim buume Wikon